

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 3.— M., bei Selbstabholung 2.75 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 9.— M., für 1 Monat 3.— M. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.). — Postcheckkonto Nr. 58 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13 698.

Inseratenpreise:
Die 7gespaltene Petitzeile 1.25 M. — Die 7gespaltene Petitzeile mit Plagvorschrift 1.50 M. — Die 7gespaltene Petitzeile Familiennachrichten 1.10 M. Die Reklame-Petitzeile 5.— M. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Eine neue Streikwelle in Deutschland.

Die verkehrte Wirtschaftspolitik der Regierung, besonders in der Ernährungs- und in der Bekämpfung der Teuerungspolitik, führt dazu, daß sich die Verhältnisse von Tag zu Tag für die Arbeiter, Beamten und Angestellten verschlimmern und Lohnbewegungen großen Stills zu Missgesehnungen werden. Anstatt die Lebensmittelpreise zu senken, treibt die Regierung eine Politik, die die Preise fortgesetzt steigen läßt. Eine Milliarde nach der andern wirft sie den Agrariern in den Hals, was zur Folge hat, daß die Lebensmittelpreise aufs neue steigen, die Gehalts- und Lohnerhöhungen folgen aber in so großem Abstände und so ungenügend, daß die Betroffenen zum Streik greifen müssen. Gehälter und Löhne bleiben stets weit hinter den Preisen zurück. Ein Kampf in der Wirtschaft der Arbeiter, Angestellten und Beamten zwingt dazu, zum Streik zu greifen. Diese großen Streiks müssen ganz natürlich in politische umschlagen.

Erst dieser Tage kam die Meldung, die Regierung stelle eine Milliarde Mark zur Verfügung, um die Lebensmittelpreise zu senken. Wer aber anders als die Verbraucher muß diese Milliarde wieder in Form von Steuern aufbringen?

Bei den Eisenbahnern ist seit einiger Zeit eine Bewegung im Gange, die großen Umfang annimmt. Aus allen Teilen des Reiches kommen Nachrichten, die den Ernst der Lage zeigen. Kommt erst durch einen allgemeinen Eisenbahnerausstand der Verkehr zum Stillstand, so ist auch die Lebensmittelversorgung für die übrige Bevölkerung stark gefährdet und die allgemeine Lage wird immer drohender. Je mehr dies aber der Fall ist, um so scheinbar ruhiger steht die Regierung den Dingen gegenüber. Sie erläßt gar noch Beruhigungsnotizen, wenn's schon an allen Enden des Reichs brennt. Es ist leicht vorauszusetzen, wohin diese Taktik führen wird. Ein Beweis dafür liegt schon vor: Aus Köln kommt die Nachricht, die Eisenbahnarbeiter hätten schon zwei Tage die Arbeit eingestellt, die Engländer seien eingeschritten.

Nichts wäre verkehrter, als wenn die Regierung sich in dem Glauben wiegen wollte, sie würde der Schwierigkeiten dadurch Herr, daß sie sich teils passiv verhielte, teils die Ausständigen durch langwierige Verhandlungen hinzieht.

Durch die verhältnismäßig wenigen Nachrichten aus dem Lande über die Bewegung der Eisenbahner darf die Regierung nicht schliefen, als ob es sich um eine Bewegung handelte, die nur geringen Umfang hat und schnell wieder erlöschen wird. Schon die nächsten Tage werden der Regierung zeigen, daß die Bewegung äußerst stark und umfangreich wird und daß sie mit ihrer Taktik auf dem falschen Wege ist.

Auch in andern Berufen sind starke Lohnbewegungen im Gange. Neben den Eisenbahnern sind es besonders die Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten und -angestellten, die in allen großen Städten gemeinschaftlich vorgehen, um ihre Bezüge so zu erhöhen, daß sie einen Ausgleich für die unerhört steigenden Lebensmittelpreise bilden. Sollte diese Bewegung noch aktiver werden, käme es gar zum Streik, so könnte der ganze Verwaltungsorganismus des Reichs ins Stocken geraten.

Auch die Angestellten der Versicherungsgesellschaften sind in eine Bewegung eingetreten, die großen Umfang annimmt. Aus Magdeburg wird z. B. berichtet, daß bei der Abstimmlung der Angestellten in den Magdeburger Versicherungsanstalten sich schon 83 Prozent für den Streik erklärt haben. Zu diesen Bewegungen kommt nun noch die der Angestellten in der Elektrizitätsindustrie. Auch hier liegen aus verschiedenen Städten Meldungen über Bewegungen vor.

Mag das Reichsarbeitsministerium noch so sehr bemüht sein, durch Verhandlungen Einigungen herbeizuführen. Dies wird solange nur Sisyphusarbeit bleiben, als die Regierung bei ihrer jetzigen Lebensmittelpolitik und Teuerungspolitik verharrt. Alle diese Bewegungen müssen, ob ihre Träger wollen oder nicht, letzten Endes politischen Charakter annehmen, denn auf dem Wege der bloßen Lohnerhöhung läßt sich die Not nicht bannen, zumal noch das Heer der Arbeitslosen in eine immer schwierigeren Lage mit gerät. Hier

kann nur gründlicher Wandel der Politik, Beseitigung des ganzen jetzigen Systems helfen.

Eisenbahnerbewegung.

Berlin, 7. Januar. (Eigene Drahtmeldung der R. V.) Ueber die gegenwärtige Lage der Eisenbahner erfahren die P. P. N. von ausländischer Stelle folgendes: In Frankfurt a. M. haben die Arbeiter der Werkstätten am Montagmorgen in der passiven Resistenz verkehrt. Von Mittag an hat sich dagegen die Arbeitsleistung so erheblich gehoben, daß der Präsident am Dienstagmorgen von der ihm erteilten Ermächtigung, die Werke zu schließen, noch keinen Gebrauch gemacht hat. Er hat jedoch den Arbeitern eröffnen lassen, daß, wenn die Arbeitsleistung wieder sinken sollte, er die Werkstätten schließen würde.

Hertu, 5. Januar. Zu der Blättermeldung, daß die vollständige Stilllegung des Eisenbahnverkehrs in Thüringen bevorstehe, teilt W. T. B. mit, daß die Meldung in dieser Form nicht richtig ist. In Jena haben am Sonnabend lediglich die Werkstättenarbeiter, nicht die Betriebsarbeiter, beschlossen, bei Nichterfüllung ihrer Lohnforderungen in den Streik zu treten. Die Forderungen der Eisenbahnarbeiter, über die heute Verhandlungen wieder aufgenommen werden, würden bei reiflicher Erwägung eine Tarifserhöhung sowohl im Güter- wie im Personenverkehr von mindestens 150 Prozent notwendig machen.

Düsseldorf, 7. Januar. (Z.-N.) Der Führer des Heimatschutzes in Elberfeld erklärte, daß er nicht gegen die streikenden Eisenbahner vorgehen werde, weil er die Forderungen für berechtigt halte. Die Führer der Eisenbahnerbewegung haben eine Verantwortung für den Streik abgelehnt, und erklären, daß die Notstandsarbeiten ausgeführt werden sollen. Dies gewährleistet aber nicht die Aufrechterhaltung der wichtigsten Transporte, auch nicht der Lebensmittel- und Brennstofftransporte. Das Fahrpersonal sympathisiert mit den Streikenden. In den Besprechungen der Vertreter der Eisenbahnverwaltung und den Unternehmern wurde ein Telegramm des Eisenbahnministers Decker erwähnt, das bei der Eisenbahndirektion in Elberfeld eingelaufen war, worin sämtliche Forderungen der Eisenbahner als abgelehnt worden sind. Das Telegramm hat unter den Eisenbahnern große Erbitterung hervorgerufen.

Köln, 7. Januar. (Z.-N.) Der Vorsitzende des Kölner Gewerkschaftsverbandes, der preussische Abgeordnete August Haas, sandte an den Verkehrsminister Decker und den Finanzminister Silbermann folgendes Telegramm:

Eisenbahnarbeiter, die die geringe Zulage und der langsame Gang der Verhandlungen sehr beunruhigt, haben zwei Tage nicht gearbeitet. Engländer eingeschritten. Bitte dringend, Verhandlungen zu beschleunigen, da hier über die Unverträglichkeit der letzten Wirtschaftsbeihilfe eine große Erregung besteht.

Karlsruhe, 7. Januar. (Z.-N.) Die badische Regierung sind gestern mit neuen Forderungen an die badische Regierung herantreten und haben beim Finanzministerium eine sofortige Lohnerhöhung von 100 Prozent verlangt.

Dresden, 7. Januar. Auch hier haben Verhandlungen zwischen den Eisenbahnern und der Generaldirektion der Staatsbahnen wegen Erhöhung der Löhne und Gehälter begonnen. In einem Abschlus haben die Verhandlungen bis jetzt nicht geführt. Es scheint, als ob die Regierung durch Verhandlungen die Eisenbahner hinzuliegen wollte; denn Ministerpräsident Dr. Grahnauer hat kürzlich einer Abordnung von Beamten erklärt, die Regierung erkenne die Notlage der Beamten an, sie werde der Volkammer gleich nach ihrem Zusammentritt eine Vorlage zugehen lassen. Auch in Sachsen müßte ein Ausgleich für die Mehrausgaben durch Erhöhung der Personalfahrpreise und der Alttarifse herbeigeführt werden.

Lohnbewegung in der Elektrizitätsindustrie.

Berlin, 7. Januar. (Z.-N.) Die Angestellten der Elektrizitätsindustrie stehen in einer Lohnbewegung. Sie verlangen einen Mindestlohn von 400 M. für die kaufmännischen und von 450 M. für die technischen Angestellten pro Monat. Die Eingangsverhandlungen sollen noch in dieser Woche vor dem Reichsarbeitsministerium stattfinden.

Einigung in der Entschädigungsfrage.

Paris, 6. Januar. (Havas.) Der Text der vom Obersten Rat angenommenen Formel, welcher die Verhandlungen über das von Deutschland zur Kompensation für die zerstörte deutsche Flotte von Scapa-Flow verlangte Marinematerial zugrunde liegen, wurde am Montagmorgen dem Freiherrn v. Perner übergeben. Man hat sich mit der deutschen Delegation endgültig über die Formulierung geeinigt, so daß der Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls des Friedensvertrags nichts mehr im Wege steht. Die durch die Inkraft-

setzung des Vertrags notwendig gewordenen Maßnahmen wurden im Prinzip ins Auge gefaßt. Der Austausch der Ratifikationsurkunden wurde auf Sonnabend, den 10. Januar, nachmittags, festgesetzt.

Paris, 6. Januar. Die Pariser Morgenpresse bestätigt, daß die Scapa-Flow-Angelegenheit nunmehr als geregelt anzusehen ist. Journal sagt: Die Tonnage, die Deutschland als Ersatz für die verlorene Kriegsschiffe zu liefern hat, wird sich auf 250 000 bis 300 000 Tonnen belaufen. Für die Ablieferung der Tonnage, die 102 000 Tonne übersteigt, habe Deutschland 30 Monate Frist.

Die Wirkungen der Koalitionspolitik

Fünfundeneinhalb Jahre währt nun schon die rechtssozialistische Koalitionspolitik, fünfundeneinhalb Jahre lang haben die Rechtssozialisten Zeit gehabt, die Verbrüderung mit den bürgerlichen Parteien wirken zu lassen. Was war das Ergebnis?

Die Veröffentlichung der Kriegsdokumente hat nun auch den Blödsinnen die Augen darüber geöffnet, wer am Ausbruch des Krieges die Hauptschuld, welches Maß von Verantwortung die deutsche Regierung zu tragen hat. Nun klagen die Rechtssozialisten und ihre Presse darüber, daß sie betrogen worden seien. Hätten sie das bei Kriegsausbruch gewußt, so hört man jetzt von ihnen, so würden sie die Politik der Regierung nicht unterstützt haben. Wenn das zuträfe, wenn es wirklich so wäre, daß die Rechtssozialisten bei Kriegsbeginn und während des Krieges sich haben über Ohr hauen lassen, so würde das ihre politische Unfähigkeit so kennzeichnen, daß sie mit Schimpf und Hohn aus der Öffentlichkeit verjagt werden müßten. Aber es stimmt gar nicht, daß sie sich ahnungslos Engel waren. Was sie erst aus den Kriegstagen erfahren haben wollen, das hätten sie längst wissen müssen, wenn sie nur hätten hören wollen. Von Beginn des Krieges an ist erst von der Opposition in der Partei, dann von den Vertretern der unabhängigen Sozialdemokratie immer wieder auf die Schuld der deutschen Regierung hingewiesen worden. Immer von neuem haben wir betont, daß die Unterstützung der Kriegspolitik der deutschen Regierung nicht der Verteidigung des Vaterlandes diene, sondern die imperialistischen Zwecke des deutschen Kapitals, die Eroberungsgelüste des deutschen Militarismus fördere. Nicht aus Dummheit oder aus Unkenntnis also haben die Rechtssozialisten während des Krieges ihre arbeiterverräterische und verbrecherische Politik getrieben; ihre Haltung entsprang lediglich dem Wunsche, den dornigen und opferreichen Boden des Klassenkampfes zu verlassen, anstatt der Revolutionierung der kapitalistischen Gesellschaft, deren Erhaltung zu betreiben und sich lediglich auf die Erzielung einiger Vorteile für die Arbeiter zu beschränken.

Der Krieg bezeichnet einen Niedergang der Arbeiterklasse, wie er in so kurzer Frist und in so rapider Art noch nicht erlebt wurde. Hätten die Rechtssozialisten ihrer Pflicht als Sozialdemokraten gemäß niemals dergleichen, daß das Proletariat von der Bourgeoisie durch eine Welt geschieden ist, so wäre die Regierung, wären die Militärs nicht in der Lage gewesen, den Krieg 4 1/2 Jahre lang fortzusetzen; sie hätten rechtzeitig eine Verständigung herbeiführen müssen, und selbst wenn der Krieg schon in der ersten Zeit mit einer militärischen Niederlage Deutschlands geendet hätte, so wären die Folgen doch niemals so entsetzlich gewesen, wie jetzt, nachdem sich das deutsche Volk ausgeschleht hatte. Nur die Koalitionspolitik der Rechtssozialisten, nur die Verbrüderung mit den bürgerlichen Parteien gab der deutschen Regierung immer wieder neuen Mut zur Fortsetzung der Missetat. In der endlosen Verlängerung des Krieges, an dem Zusammenbruch Deutschlands ist also nicht allein das alte Regime schuld; die Rechtssozialisten und ihre Koalitionspolitik sind in gleicher Weise dafür verantwortlich zu machen.

Im November 1918 schien es einen Augenblick, als ob die Rechtssozialisten sich eines Besseren bekümmen wollten. Stürmisch erscholl der Ruf der proletarischen Massen nach der Einigung des Proletariats, nach der gemeinsamen Aktion der sozialdemokratischen Parteien. Und diese Aktion sollte nach dem Willen des gesamten Proletariats gerichtet sein auf die Umgestaltung des deutschen Reichs zu einem sozialistischen Gemeinwesen. Diesem stürmischen Verlangen mußten die rechtssozialistischen Führer auch nachgeben. Während sie aber öffentlich mit den Vertretern der unabhängigen Sozialdemokratie zusammenarbeiteten schienen, verhandelten sie hinter den Kulissen mit größtem Eifer mit den bürgerlichen Parteien, um diese wieder in ihre alten Stellungen zurückzuführen. Der militärische und politische Zusammenbruch sollte sich, so war es ihr Wille von Anfang an, nicht zur sozialen Revolution, zur Übernahme der politischen Macht durch das Proletariat auswirken, sondern er galt ihnen nur als ein unangenehmer Zwischenfall, über den möglichst schnell zur Tagesordnung des bürgerlich-kapitalistischen Staates übergegangen werden sollte. Ihre Politik seit dem Zusammenbruch war denn auch nur eine Fortführung der von ihnen während des Krieges betriebenen Politik. Die Koa-